

in dieser ausgabe

Ermessensspielraum in der BRD 4

Auch in Deutschland wird bei kommunalen Submissionen über die Nutzung der Ermessensspielräume diskutiert.

Geschwätz im Bundeshaus 5

Nach der Rücktrittsankündigung von Bundesrat Pascal Couchepin «überdreht» sich im Bundeshaus bereits wieder das Kandidaten-Karussell. Unsinnig, meint Politikolumnist Peter Amstutz.

Konfrontation mit Hitler 9

Am persönlichkeitsbildenden «Betriebsfenster» von Mitte Juni haben die Verbundlernenden engagiert über den Untergang Hitlers und des 3. Reichs diskutiert.

Jahresversammlungen 11–14

Berichterstattungen von den GV der Schreinermeister, von swiss safety, den Baumeistern, den Bäckermeistern, von Allschwil und Muttenz.

Debitorenbewirtschaftung 14

Der 1. «KMU Business Treff» zum Thema Debitorenbewirtschaftung stiess auf sehr grosses Interesse.

impresum

standpunkt

Auflage: über 18 500 Exemplare

Erscheinungsweise: 20-mal jährlich

Herausgeber:

- Wirtschaftskammer Baselland
 - Arbeitgeber Baselland
 - Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
- Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50
Internet: www.wirtschaftskammer.org
e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF Institut für Wirtschaftsförderung, Haus der Wirtschaft, 4410 Liestal

Inserate: Simone Zihlmann, Atelier Donelli, Postfach, 4009 Basel, Tel. 061 303 83 55, Mail: donelli-schriften@bluewin.ch

«Standpunkt» ist die offizielle Zeitung der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder und Mitgliedsverbände. Das Abonnement für die Mitglieder ist im Jahresbeitrag inbegriffen.

Abdruck von Beiträgen mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Warum nur haben unsere Regierungen mit der «Gleichwertigkeit» so grosse Mühe?

Normalste Sache in einer Partnerschaft

→ Fortsetzung von Seite 1

Berücksichtigung» der KMU im Partnerkanton Baselland, als sich der Landkanton zur «gleichwertigen» Mitfinanzierung des Unterhalts an den von der Universität Basel genutzten Liegenschaften in Basel verpflichtet hatte. Doch schon 2004 hörte diese «Gleichwertigkeit» vorerst bei der Baselerbieter Mitfinanzierung auf.

Denn: Man war zunächst nicht bereit, auch bei der Auftragsvergabe gleiche Behandlung und «gleichwertige Berücksichtigung» sowohl der Basler als auch der Baslerbieter KMU zu vereinbaren. Erst der Wink mit dem «Referendums-Zaunpfahl» der Wirtschaftskammer sorgte dafür, dass sowohl die beiden Regierungen als auch die Verantwortlichen der Universität die «gleichwertige Berücksichtigung» der KMU in beiden Kantonen quasi vertraglich zugesichert hatten (siehe «Standpunkt»-Ausgaben vom Februar 2004).

Warum nur tun sich die Behörden – auch im Baselbiet – so schwer, die normalste Sache der Welt – nämlich gleichwertige Mitfinanzierung und gleichwertige Berücksichtigung – zu praktizieren? Es geht dabei ja nicht um die Aushebelung von auch international geltenden Vergabe-Regelungen, sondern ausschliesslich darum, den in diesen Regelungen enthaltenen Handlungs- und Ermessensspielraum zugunsten jener auszuschöpfen, die im vergebenden Staatswesen Wertschöpfung generieren und weitere gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringen.

«Déjà-vu» mit Life-Sciences

Seit Anfang dieses Jahres stehen nun in den Exekutiven und Legislativen in beiden Basel universitäre Neubauten für den zweifellos sehr wichtigen Life-Sciences-Bereich zur Debatte: erstens ein Projektierungskredit über 22 Mio. Franken sowie dann zweitens auch der erste Neubau mit geschätzten



Wichtige Ziele lassen sich in gleichwertiger Partnerschaft am besten erreichen.

Kosten von rund 250 Mio. Franken. Und es besteht ein ernsthaftes Konzept für weitere Life-Sciences-Projekte. Alles in allem geht es zu diesem Thema um nicht weniger als rund 800 Mio. Franken, die sowohl von Basel-Stadt als auch von Baselland partnerschaftlich – das heisst zu gleichen Anteilen – finanziert werden sollen.

Alle diese Life-Sciences-Projekte wurden und werden übrigens von der Wirtschaftskammer grundsätzlich nicht bestritten – im Gegenteil. Ebenso ist klar, dass die entsprechenden Aufträge von den Submissioneninstanzen in Basel-Stadt effektiv vergeben werden, weil ja auch auf Stadtboden gebaut wird.

BL-KMU krass benachteiligt

Wer sich an die Diskussionen vom Februar 2004 zum Unterhalt der Uni-Liegenschaften erinnerte, hat sicher mit Fug und Recht ange-

nommen, dass die damalige nachträgliche Vereinbarung zur «gleichwertigen Berücksichtigung» nun auch für die Vorhaben zu den Life-Sciences-Bauten gelten würden. Doch weit gefehlt:

Erstens ist auf geradezu «wundersame» Weise in der Verordnung der Baslerbieter Regierung zum Unterhalt der Uni-Liegenschaften der entscheidende Begriff «gleichwertige Berücksichtigung» einfach wieder verschwunden.

Zweitens zeigte eine von Landrat **Thomas de Courten** verlangte Vergabe-Statistik vom Januar 2009 zu diesen Unterhaltsaufträgen, dass die Baslerbieter KMU im Vergleich zu Basel-Stadt – allen damaligen schriftlichen Beteuerungen zur «gleichwertigen Berücksichtigung» zum Trotz – zwischen 2004 und 2007 unter dem Strich deutlich weniger zum Handkuss gekommen waren: Zwischen 2004 und 2007 ging erheblich weniger Auftragsvo-

Partnerschaft

Dabei tauchte immer wieder das Argument auf, die gleichwertige Berücksichtigung sei auf der Basis der geltenden Beschaffungsgesetzgebung in beiden Basel quasi «nicht möglich». Man muss aber auch wissen, dass in der baselstädtischen Beschaffungsverordnung – im Gegensatz zur entsprechenden Baselbieter Verordnung – beim freihändigen und beim Einladungsverfahren keine Auflage besteht, auch auswärtige Anbieter (etwa aus dem Baselbiet) zu berücksichtigen.

Und wieder musste die Wirtschaftskammer eingreifen

Die Wirtschaftskammer verfolgte die damit zusammenhängenden Debatten insbesondere in Baselland selbstverständlich mit grosser Aufmerksamkeit. Sie sorgte auch dafür, dass die mit dem Geschäft betraute Bildungs- und Kulturkommission sowie die bürgerlichen Mitglieder des Landrates im Hinblick auf die zweite Lesung der Vorlage zum Projektierungskredit bezüglich «gleichwertiger Berücksichtigung» entsprechend aufdatiert waren. Diese zweite Lesung fand Ende Mai statt.

Gleichzeitig brachte die Wirtschaftskammer in der Öffentlichkeit aber auch unmissverständlich zum Ausdruck, dass sie gegen den Projektierungskredit von 11 Mio. Franken das Referendum ergreifen würde, falls nicht ganz klar als verbindliche Spielregel festgelegt wird, dass die Auftragsvergabe unter gleichwertiger Berücksichtigung der KMU in Basel-Stadt und Baselland erfolgt. Der Landrat folgte in der zweiten Lesung dieser Forderung und schuf damit eine wesentliche Differenz zur ursprünglichen Fassung und damit auch zur Vorlage in Basel-Stadt.

«Unmögliches» wurde plötzlich möglich

Selbstverständlich wurde sowohl die Wirtschaftskammer als auch – nach dem Entscheid im kantonalen Parlament – die Landratsmehrheit speziell von der Ratslinken heftig kritisiert. Kritik hagelte es auch aus der baselstädti-

schen Bildungs- und Kulturkommission. Es gehe nicht an, dass sich Regierungen, Kommissionen und Parlamente in beiden Kantonen dem «Referendums-Wink mit dem Zaunpfahl» der Wirtschaftskammer beuge.

Dieser Wink wurde dennoch verstanden: In sehr kurzer Zeit konnten sich die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland auf eine Verständigungslösung einigen, welche die Forderung nach «gleichwertiger Berücksichtigung» bei von Baselland gleichwertig mitfinanzierten Projekten erfüllt und gleichzeitig dafür sorgt, dass diese «Gleichwertigkeit» auch nachgewiesen wird (siehe Wortlaut der Vereinbarung im Kasten rechts auf dieser Seite).

Diese Vereinbarung wurde denn auch in beiden Räten (mit einigen spitzen Begleittönen zwar) jeweils einstimmig angenommen. Sie soll eigentlich auch inskünftig bei jenen partnerschaftlich finanzierten Projekten gültig sein, bei denen die Baselbieter Behörden die Federführung bei der Auftragsvergabe übernehmen. Dies dürfte nächstens beim Neubau des Bruderholzspitals in Bottmingen der Fall sein.

Hoffentlich letzte «Übung» zur Gleichwertigkeit

Erstes Fazit: Die Wirtschaftskammer Baselland als kantonale Interessenvertreterin der KMU-Wirtschaft hat ihre «Hausaufgaben» gemacht und für eine Lösung gekämpft, bei der die Baselbieter KMU in angemessener Weise mitprofitieren. Immerhin bleibt damit ein Teil der Wertschöpfung aus der Baselbieter Mitfinanzierung im eigenen Kanton. Diesen Vorteil geniessen aber auch die KMU in Basel-Stadt, denn die «gleichwertige Berücksichtigung» gilt – vice versa – auch bei partnerschaftlich finanzierten Projekten, die im Landkanton realisiert werden.

Zweites Fazit: Es ist zu hoffen, dass bei weiteren Fragen und allenfalls Problemen zur Partnerschaft zwischen Basel-Stadt und Baselland endlich der Grundgedanke der Partnerschaft ganz selbstverständlich gelebt wird: Gleiche Pflichten beinhalten auch gleiche Rechte! Es dient dieser Partnerschaft herzlich wenig, wenn insbesondere im Baselbiet immer wieder für dieses eherne Prinzip gekämpft werden muss und allenfalls auch politische Gegenmassnahmen wie Hinweise auf Referenden und Initiativen

mehr zum Thema

Auftragsvergabe für Life-Sciences:

Verständigungslösung im Wortlaut


«Den gesetzlichen Rahmen für die Auftragsvergabe im Rahmen der Projektierung wie auch der Realisierung des Neubaus bilden das Submissionsgesetz Basel-Stadt sowie die übergeordneten Rechtserlasse und Abkommen.

Der Regierungsrat der Trägerkantone wird verpflichtet, die zuständigen Projektgremien, Vergabestellen sowie die involvierten Fachstellen auf allen Stufen des Beschaffungsverfahrens (Ausschreibung bis und mit Zuschlag) anzuweisen, ihren Ermessensspielraum im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auszuschöpfen mit dem Ziel, dass die Anbieter in den Trägerkantonen gleich behandelt und gleichwertig berücksichtigt werden

Der Regierungsrat erstattet dem Landrat (bzw. dem Grosse Rat) mit der Schlussabrechnung Bericht über die Auftragsvergabe.»

zumindest in Aussicht gestellt werden müssen.

Drittes Fazit: Speziell die Baselbieter Regierung ist einmal mehr aufgefordert, sich in den meist heiklen partnerschaftlichen Geschäften endlich mit etwas mehr Durchsetzungskraft in Basel für die Einhaltung des partnerschaftlichen Grundgedankens einzusetzen und bei gleichen «Pflichten» auch gleiche «Rechte» bzw. Vorzüge einzufordern.

In diesem Sinne hofft die Wirtschaftskammer auch sehr, dass sie zum letzten Mal den Zaunpfahl hervorholen musste, um den mehr als berechtigten Interessen der Baselbieter KMU und damit auch der Baselbieter Bevölkerung zum Durchbruch zu verhelfen. 

Markus Meier,

Stv. Direktor Wirtschaftskammer
Baselland

Zum Thema Submissionen und legale Ausnutzung der Ermessensspielräume zugunsten der einheimischen Wirtschaft: siehe Beitrag aus Deutschland auf der nächsten Seite.

lumen an Baselbieter Firmen. Das Blatt wendete sich erst im Jahre 2008, als endlich auch die Baselbieter klar zu mehr Aufträgen als ihre Kollegen in der Stadt gekommen sind.

Vereinbarung von 2004 einfach «ausgeklinkt»

In den beiden regierungsrätlichen Vorlagen zum Life-Sciences-Projektierungskredit von 22 Mio. Franken, in den Kommissionsberatungen sowie in den ersten parlamentarischen Lesungen war klar, dass sich Baselland an den Projektierungskosten (und sicher später auch an den Kosten des Neubauprojektes) wohl «gleichwertig» mit 11 Mio. Franken mitbeteiligen «darf». Für die «gleichwertige Berücksichtigung» bei der Auftragsvergabe hatte man indes in den beiden Regierungen und – in Basel-Stadt – auch in der Kommission und im Grosse Rat kein «Musikgehör».

ch-verbände

Freizeit und Arbeitsplatz:

Deutlich mehr Unfälle im 2008

Die Zahl der Unfälle in der Freizeit und am Arbeitsplatz nahm 2008 in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent auf insgesamt 762'000 zu. Den Unfallversicherern wurden 482'000 Freizeitunfälle gemeldet, das sind 5,3 Prozent mehr als im Vorjahr und bedeutet einen neuen Höchststand. Die Zahl der Arbeitsunfälle stieg um 1,9 Prozent auf 268'000, wie die Sammelstelle bekanntgab.

Insgesamt stieg die Zahl der Unfälle 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent auf 762'000, wie die Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG (SSUV) zu den Daten der 37 Schweizer Unfallversicherer mitteilte. Dabei handelte es sich in 482'000 Fällen um Freizeitunfälle, das sind 5,3 Prozent mehr als im Vorjahr und bedeutet einen neuen Negativrekord.

Konjunkturbedingte Zunahme am Arbeitsplatz

Die Zahl der Berufsunfälle nahm um 1,9 Prozent auf 268'000 zu. Dieser Anstieg widerspiegelt laut der SSUV das bei der damals noch guten Wirtschaftslage erfolgte Beschäftigungswachstum von rund 2 Prozent. Die Zahl der Unfälle in der Unfallversicherung für Arbeitslose ist erneut um mehr als 10 Prozent auf 12'000 gesunken.

Unfallträchtiger Wintersport

Der deutlich stärkere Zuwachs bei den Freizeitunfällen um 5,3 Prozent wird auf das gute Wetter zurückgeführt. Ein erheblicher Teil der Unfälle in der Freizeit geht laut der SSUV auf das Konto des Schneesports, wo im Vergleich zum Vorjahr gut ein Viertel mehr Unfälle gemeldet wurden. Aber auch die Unfälle beim Fussballspielen und Fahrradfahren nahmen um 5 bis 10 Prozent zu.

Weitere Informationen unter www.unfallstatistik.ch oder direkt als pdf-Format. SAV.

Ausschöpfung des Ermessensspielraums bei Auftragsvergaben:

Eine Frage des «Wollens»



Diskussion um eine KMU-freundlichere Vergabepolitik der regionalen Behörden auch in Süddeutschland. Entdeckt in der «Deutschen Handwerks Zeitung» vom 19. Juni 2009.

Wenn Schweizer KMU-Verbände darauf pochen, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge auch unter Berücksichtigung des lokalen, kantonalen oder allenfalls regionalen Gewerbes erfolgen sollte, winken die verantwortlichen Instanzen häufig gleich ab und verweisen auf die Spielregeln nach GATT/WTO, die «leider» enge Grenzen setzen würden. Dabei zeigen Beispiele gerade auch aus dem nahen Ausland, dass es in der Vergabe sehr viel Spielraum gibt – ohne dabei die GATT-/WTO-Regeln zu verletzen. Dennoch haben auch unsere deutschen Nachbarn ähnliche Probleme mit der Vergabepolitik ihrer Behörden.

In der Auftragsvergabe-Politik ticken auch in Deutschland die Städte, Krei-

se und Bundesländer sehr unterschiedlich. Während etwa Frankfurt a.M. oder Stuttgart und Mannheim bei der Vergabe ihrer öffentlichen Aufträge offenbar schergewichtig an ihre eigenen Handwerksbetriebe denken, hält sich die Stadt Freiburg vornehm zurück.

Kampf auch in Freiburg i. Br.

Dies jedenfalls geht aus einem umfangreichen Beitrag in der «Deutschen Handwerks Zeitung» vom 19. Juni 2009 hervor (Faksimile-Abbildung auf dieser Seite). Und so, wie die Wirtschaftskammer seit langem auch für eine KMU-freundlichere Vergabepolitik der Baselbieter Gemeinden, der kantonalen Behörden und der regionalen Instanzen kämpft (siehe Beitrag auf den Seiten 1–3), so

kämpft auch die «Handwerkskammer Freiburg» (HWK) für eine stärkere Berücksichtigung ihrer Handwerksbetriebe im näheren Umfeld der Stadt an der Dreisam.

Und so wie die Wirtschaftskammer Baselland verlangt auch die Handwerkskammer Freiburg keineswegs, dass dabei die internationalen Vergabe-Regeln verletzt werden – im Gegenteil. Vielmehr erwartet man auch bei unserem befreundeten Nachbarverband, dass der Handlungs- und Ermessensspielraum einfach besser ausgenutzt wird.

Geltende Rechtslage ausschöpfen

Johannes Burger, Geschäftsführer der HWK Freiburg, bringt es im erwähnten Artikel auf den Punkt: Es handle sich «bei der Frage der mittelstandsfreundlichen Vergabe nicht um ein «Können», sondern ganz allein um eine Frage des politischen Wollens». Das Handwerk und der Mittelstand würden nur die Ausschöpfung der derzeitigen Rechtslage erwarten.

Wie die Praxis in der Schweiz – aber auch in den im Artikel erwähnten Städten Frankfurt, Stuttgart oder Mannheim – immer wieder zeigt, ist dieses Ausschöpfen der Rechtslage – das heisst: der Handlungs- und Ermessensspielraum – bei den freihändigen und Auswahlverfahren sehr gross, wenn dies die entsprechenden Behörden auch wollen.

Dieses «Wollen» beginnt ja bereits bei der Wahl des Ausschreibungsverfahrens und des consequenten Ausnutzens der Schwellenwerte. So macht es schon allein punkto Behördenaufwand wenig Sinn, für die einfache Innenrenovation eines Kindergartens eine öffentliche Ausschreibung vom Zaun zu brechen oder in einer grossen und teuren Wirtschaftstageszeitung eine öffentliche Ausschreibung zu publizieren, bei der im Verhältnis der teuerste Faktor die entsprechenden Inseratekosten sind.

Die Wirtschaftskammer appelliert gerade mit dem auf dieser Seite publizierten Beispiel aus Süddeutschland einmal mehr an die Behörden auf allen Stufen, ihren Handlungs- und Ermessensspielraum tatsächlich zu nutzen – zugunsten der Wertschöpfung im eigenen Gebiet und damit auch eines finanziell gesunden Staatswesens. ebo.



Bundeshaus im Visier

Bundesrat: (k)ein Job wie jeder andere...

Eigentlich ist der «Fall» gar nicht so kompliziert: Mit der Rücktrittserklärung des Walliser FDP-Bundesrats Pascal Couchepin wurde in Bern eine «Stelle» in der siebenköpfigen Exekutive frei. Diese mit der bestgeeigneten Persönlichkeit zu besetzen, wird am 16. September 2009 einzig und allein Sache der Vereinigten Bundesversammlung (National- und Ständerat) sein. Damit relativiert sich das sommerliche Vorwahlgeschwätz amtierender Bundesratsmitglieder, ehemaliger Ratsvorsitzender, heutiger Parteipräsidenten sowie Politologen beliebiger Qualität schon ganz gewaltig.

Die am heissesten debattierte Streitfrage, wem dieser FDP-Sitz gehöre, ist am einfachsten zu beantworten: Er gehört bei dieser Ersatzwahl ohne jede Einschränkung der FDP. Die Vereinigte Bundesversammlung hat zwar die Kompetenz, Bundesratsmitglieder zu wählen; aber sie hat mit Sicherheit nicht den Auftrag, zwischen den eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen von 2007 und 2011 das Kräfteverhältnis der wählstärksten Parteien zu verändern. Das steht in zwei Jahren ausschliesslich der Wählerschaft zu, und erst daraus lässt sich die Bundesratszusammensetzung ermitteln.

Da die Zauberformel von 1959 (je zwei FDP-, CVP- und SP-Bundesratsmitglieder plus ein SVP-Vertreter) bereits 2003 mit der Wahl von SVP-Bundesrat **Christoph Blocher** zu Lasten der CVP korrigiert und 2007 ohne geringste politische Rechtfertigung mit Blochers «Abwahl» nochmals gebrochen sowie durch die Wahlannahme von BDP-Bundesrätin **Eveline Widmer-Schlumpf** schliesslich ganz ausgehebelt wurde, ist nun höchste Vorsicht geboten. Die gegenwärtige und sicher so nicht länger haltbare Bundesrats-«Zauberformel II» lautet deshalb: je zwei FDP- und SP-Sitze plus je ein SVP-, CVP- und BDP-Vertreter.

Weil 100 geteilt durch sieben knapp 14,3 Prozent Wähleranteil pro



Peter Amstutz
Bundeshaus-Redaktor*

Bundesratssitz ergibt, wird man erst nach den Herbstwahlen 2011 in Kenntnis der damaligen Parteistärken feststellen können, wie die stärksten der widersprüchlichen Kräfte im Bundesrat zur Zusammenarbeit im Landesinteresse am besten gebündelt werden können. Daran ändert für die Couchepin-Ersatzwahl auch das Schaulaufen der Muskelprotze von CVP und Grünen nicht das Geringste. Marktschreiergehabe ist überflüssig und lächerlich, weil das Verdikt über Parteienstärken und Abgeordnetensitze einzig und allein dem Souverän zusteht.


Man kann sich also getrost der sehr viel wichtigeren Frage zuwenden: Aus welchem Holz müssen Bundesratsmitglieder im 21. Jahrhundert geschnitzt sein? Auch das zu beantworten ist kein Kunststück, wenn man sich an den Artikeln 174 bis 187 der Bundesverfassung orientiert.

Dort steht im Pflichtenheft für die «oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes», sie habe un-

ter Berücksichtigung der Landesgehenden und Sprachregionen als Kollegium zu funktionieren. Für die Vorbereitung und den Vollzug der Bundesratsgeschäfte jedoch sind die einzelnen Mitglieder zuständig.

Das heisst: Führungsverantwortung und Willensbildung auf Regierungsstufe liegen beim Kollegium, die Verantwortung in fachlicher und sachlicher Hinsicht hingegen obliegt den sieben Departementsvorstehern. Die Verfassung sagt: «Der Bundesrat bestimmt die Ziele und Mittel seiner Regierungspolitik. Er plant und koordiniert die staatlichen Tätigkeiten. (...) Den Departementen werden Geschäfte zur selbständigen Erledigung übertragen.» Und was leider häufig vergessen wird: Aussenpolitik ist ein «Kerngeschäft» des Gesamtbundesrates, nicht des Aussenministeriums, und Gleiches gilt für die Sicherheitspolitik.

Aus all dem ergibt sich: Auf den vakanten FDP-Sitz gehört – mag dieser mit Blick auf 2011 vermeintlich noch so stark wackeln – jetzt ein freisinniger Romand oder Tessiner Generalist mit feinem Gefühl für kollegiale Willensbildung und konsequente Durchsetzung der Bundesratsbeschlüsse im Vollzugsablauf.

Nach diesen Kriterien muss die Vereinigte Bundesversammlung ohne jedes Intrigenspiel im Herbst ihren Personalentscheid fällen, wenn sie noch ernst genommen werden will. Vorgaben für spätere «Formeln» aber macht die Wählerschaft in zwei Jahren – und nur sie! P.A. 

(* Der Verfasser ist akkreditierter Bundeshaus-Redaktor und war lange Jahre Leiter der Bundeshaus-Redaktion der Basler Zeitung. Er vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.)



Viel «Vorwahlgeschwätz» im Bundeshaus für den Ersatz von Pascal Couchepin.

ch-verbände

Studie zur Mobilität präsentiert:

Fiskalische Freibeuterei

Mobilität ist ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen KMU. Der Schweizerische Gewerbeverband sgV kämpft für die freie Wahl des Transportmittels und für die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für die Mobilität. Die von den Behörden vorangetriebenen Massnahmen zur Verkehrsberwirtschaftung lehnt der sgV als unangemessen ab; er verlangt vom Bund den Verzicht auf eine Erhöhung der Treibstoffabgabe zugunsten des ÖV und auf alle Quersubventionierungen auf dem Rücken der Strassenbenützer.

An einer Pressekonferenz in Lausanne hat der sgV die Ergebnisse einer von ihm unter den Westschweizer KMU durchgeführten Umfrage zu Mobilitätsproblemen vorgestellt. Fazit der Studie: Sehr viele Befragten stellen eine teilweise massive Verschlechterung der Erreichbarkeit ihrer Firmen mit dem Auto fest. Die Umfrage bestätigt auch die geschlossene Haltung der KMU gegen sämtliche Massnahmen, die zu einer höheren Besteuerung oder zur Einschränkung der Mobilität führten.

Insbesondere besteht eine fundamentale Ablehnung gegen Strassenzölle jeder Art, gegen CO₂-Abgaben auf Treibstoffen oder die Verbannung des Transitverkehrs aus den Städten. Anliegen, die der sgV seit jeher ganz oben auf seiner Prioritätenliste hat. sgV-Direktor **Hans-Ulrich Bigler**: «Wir verfolgen immer schon eine pragmatische Verkehrspolitik, denn die reale Wirtschaft ist mobil – man darf sie nicht bremsen, sondern man muss sie vielmehr zum Fliessen bringen». sgV-Vizepräsident Und **Jean-Daniel Faucherre**, Vizepräsident der Asstag, formulierte praxisnah-knapp: «Schluss mit der fiskalischen Freibeuterei!»

sgv.

Berufsschau



21.-25. Oktober
Kultur- und Sportzentrum
Pratteln

www.berufsschau.ch

berufsschau**Start in 100 Tagen**

Nur noch knapp vier Monate sind es bis zur Eröffnung der Berufsschau 2009. Die Vorbereitungen sind denn auch zu einem guten Teil bereits abgeschlossen bzw. auf bestem Weg zum Abschluss. Dies wird vor allem ersichtlich, wenn jetzt die Homepage der Berufsschau besucht wird: Dort bleibt mittlerweile für Aussteller, Besucher, Partner, Medien usw. kaum eine Frage unbeantwortet.

Vor allem die **Aussteller** werden in ihrer Vorbereitung umfassend unterstützt durch eine Vielzahl an organisatorischen Informationen – vom Hallenplan über Parkplätze, die Auf- und Abbauorganisation, Verpflegung, Werbematerial und Anlässe bis zu elektronischen Bestellformularen für individuelle Einrichtungsbedürfnisse.

Für die **Besucher** – allem voran die Schulen – ist die komplette Liste der präsentierten Lehrberufe mit allen beruflichen Detailinformationen abrufbar und selbstverständlich auch die Zufahrtsmöglichkeiten, Öffnungszeiten, Hallenpläne und Spezialanlässe. Vorbereiten des Unterrichtsmaterial kann online bestellt werden.

Nach und nach füllt sich auch die Agenda mit den vielfältigen **Veranstaltungen**: von der Eröffnungsfeier über den Aussteller-Apéro bis zum Ball der Wirtschaft. Auch hier: Anmeldungen können gleich elektronisch getätigt werden.

Dass sich der Besuch der Berufsschau 2009 mehr als nur lohnt, zeigen die Eckdaten der diesjährigen Schau, die **vom 21. bis 25. Oktober 2009 im KUSPO Pratteln** durchgeführt wird: 63 Aussteller präsentieren auf rund 3100 Quadratmetern über 190 Lehrberufe sowie Weiterbildungs- bzw. Studiengänge. Als Gastkantone sind Basel-Stadt mit dem kantonalen Personaldienst und der Kanton Solothurn anwesend. Neu ist ein «Kino», das in erster Linie die Weiterbildungswege via Fachhochschule aufzeigt.

www.berufsschau.ch

Persönlichkeitsbildendes Betriebsfenster der Verbundlernenden**Konfrontation mit Adolf Hitler und dem 3. Reich**

Mitte Juni fand im Haus der Wirtschaft ein weiteres samstägliches «Betriebsfenster» für die Lernenden des KMU-Lehrbetriebsverbundes Baselland und Umgebung statt. Die jungen Erwachsenen wurden dabei mit einem Film über den Untergang Hitlers konfrontiert. Daraus wurde ein Vormittag, der die anfänglich noch eher etwas desinteressierten Gespräche unter den Jugendlichen bald einmal zu schockierten und engagierten Diskussionen wandelte.

Zwei Leinwände und reihenweise Stühle: Das war alles, was die noch etwas samstagsmüden Lernenden des KMU Lehrbetriebsverbundes Baselland Mitte Juni am persönlichkeitsbildenden «Betriebsfenster» anfänglich zu sehen bekamen, als sie von **Paola D'Agostino** und **Hans-Ruedi Heer** begrüsst wurden.

Konfrontation mit der Geschichte

Heer erklärte, warum es bei diesem Betriebsfenster geht: Um die Konfrontation mit der jüngeren europäischen Geschichte anhand des Films «Der Untergang». Dieser han-

delt vom Untergang des 3. Reiches oder – genauer auf den Punkt gebracht – vom Untergang Adolf Hitlers.

Es treffe ihn immer wieder aufs Neue, wenn er diesen Film sehe. Ja, es komme schon fast ein wenig Aggression in ihm hoch, meinte Heer und weckte damit natürlich die Neugier der rund 80 Verbundlehrlinge. Sie wurden nicht länger auf die Folter gespannt, als die Vorführung begann.

Traurig, nachdenklich, aggressiv

Schockierende Szenen waren zu sehen. Szenen, welche traurig, nachdenklich und – wie Hans-Ruedi Heer schon erwähnt hatte – sogar aggressiv zugleich machten. Während des ganzen Filmes herrschte denn auch vollste Konzentration. Die Hände vor dem Mund oder zum Teil sogar zugedeckte Augen waren die einzigen Gesten, welche von den Lehrlingen zu erkennen waren. Am Ende des Films, nach eineinhalb Stunden, herrschte im Saal Totenstille.

Hans-Ruedi Heer betrachtete die fassungslosen Gesichter der Jugendlichen. Nach kurzem Fragen, wie der

Film gefallen bzw. was er ausgelöst habe, wurden auf dem Hellraumprojektor 12 Thesen aufgelistet. Über jede einzelne wurde intensiv und engagiert diskutiert: von den Meinungen über die Person Hitler selbst bis hin zur vielfachen Bedeutung von Moral.

Viele Argumente – und neue Fragen

Was besonders heftige Diskussionen auslöste, war das damalige Vertreten der eigenen Meinung. Wieso haben sich die Bürger der Mehrheit angeschlossen, obwohl sie selbst überhaupt keine politische Überzeugung zu diesem Thema hatten? So vieles hätte doch verhindert werden können, wenn die Angst vor dem Vertreten der eigenen Meinung nicht gewesen wäre. Diese Diskussion führte allerdings rasch zur Frage, weshalb diese Angst überhaupt existiert hatte. Jedes Argument führte zu einer nächsten Frage und jede Frage zu einer nächsten Diskussion. Alles war zu hören. Über alles wurde gesprochen. Kein Blatt wurde vor den Mund genommen.

Nach diesem diskussionsreichen Morgen verliessen die Verbundlernenden sehr nachdenklich das Haus der Wirtschaft und starteten mit neu gesehenen, eindrücklichen Bildern ins Wochenende.

Fabienne Amrein

KV-Verbundlernende im 2. Jahr

**Berufsbildungsstatistik 2008****Wieder mehr Lehrabschlüsse**

Rund 62 000 Jugendliche haben 2008 eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen. Nach Jahren des Rückgangs ist dies wieder ein Anstieg. Die Zahl der Maturen und Diplome wächst dagegen kontinuierlich auf 33'200.

Dies geht aus den Statistiken der Bildungsabschlüsse des Bundesamtes für Statistik hervor, die Anfang Juli 2009 publiziert wurden. Danach wuchs die Zahl der Auszubildenden, die Eidg. Berufsatteste und -Fähigkeitszeugnisse sowie Fähigkeitszeugnisse anderer Berufe bestanden, in den Jahren 2007/2008 von 54'000 auf 61'700. In Jahren 2000



und 2005 hatte sie bei 58'500 gelegen, 1990 bei 67'200.

Matura und Diplom im Vormarsch

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Maturität oder ein

Fachmittelschuldiplom erwarben, hat sich in zwei Jahrzehnten fast verdreifacht: von 12'000 (1990) auf 23'400 (2000) und 33'200 (2008). Von den 33'200 Abschlüssen entfielen 18'000 auf gymnasiale Maturitäten und knapp 11'000 auf Berufsmaturitäten (deren Zahl hat sich seit 2000 knapp verdoppelt).

Die Entwicklung der Abschlüsse entspricht etwa jener der Schülerzahlen. In der beruflichen Grundbildung waren die Zahlen 1990–2000 von über 221'000 auf unter 214'000 zurück gegangen. Seit 2005 liegt sie wieder über 220 000.

Auf den allgemeinbildenden Schulen (Gymnasien, Berufsmaturschulen, Diplommittelschulen) wuchsen die Schülerzahlen dagegen kontinuierlich und stark von 75'000 (1990) auf 103'100 (2007). SDA.



Generalversammlung des Schreinermeister-Verbandes Baselland

Interessante Bürgschaftsfinanzierung für KMU



KMU-Prominenz (v. l.): Zentralpräsident und Nationalrat Ruedi Lustenberger, Präsident Heinz Wahl, Ehrenpräsident Andreas Schneider und Nationalrat Hans Rudolf Gysin.

Die Anwesenheit des schweizerischen Zentralpräsidenten, Nationalrat Ruedi Lustenberger, verlieh der diesjährigen Jahresversammlung der Baselbieter Schreinermeister einen besonderen Glanz. Nach der Erledigung der ordentlichen Geschäfte wurden die Verbandsmitglieder über die Möglichkeiten der Bürgschaftsfinanzierung informiert.

Nach dem Jubiläumsjahr 2007 verlief das vergangene Verbandsjahr in ru-

higeren Bahnen. Die Schreinerbranche verzeichnete mehrheitlich einen guten Auslastungs- und einen zufriedenstellenden Geschäftsverlauf, wie Präsident Heinz Wahl in seinem Jahresbericht festhielt. Die im letzten Herbst mit voller Wucht ausgebrochene Finanzmarktkrise wirkte sich auf das Geschäftsjahr 2008 nicht aus, weil das Ausbaugewerbe verzögert reagiert. Hingegen bereits für das laufende Jahr rechnet die Mehrzahl der Unternehmen mit einer deut-

lich schlechteren Auftragslage, und die Preise werden wieder vermehrt unter Druck geraten, befürchtet Wahl.

Neues Vorstandsmitglied

Turnusgemäss mussten in diesem Jahr die Verbandsorgane wieder bestellt werden. Als versierter Tagespräsident amtierte Ehrenpräsident Andreas Schneider, der vor den verschiedenen Wahlgeschäften allen Verantwortlichen für die gute Verbandsführung herzlich dankte.

Die bisherige Verbandsleitung mit Heinz Wahl (Präsident), René Hochuli (Vizepräsident), Käthi Baader-Freivogel, Thomas Barth, Andreas Ditzler (Obmann überbetriebliche Kurse), Markus Meier (Sekretär) und Dieter Zwicky wurde einstimmig wiedergewählt. Als neues Vorstandsmitglied kürte die Versammlung Walter Leugger (Dettli & Sahli, Muttenz).

Dank des Zentralpräsidenten

Nationalrat Ruedi Lustenberger überbrachte die Grüsse des schweizerischen Zentralverbandes und dankte den Baselbieter Berufskollegen für ihr grosses Engagement. Der Schreinermeister-Verband Baselland werde in der Zentrale sehr wohl wahrgenommen, zumal er es verstehe, sich in verschiedenen Verbandsfragen immer wieder sehr eigenständig einzubringen, betonte ein schmunzelnder Zentralpräsident.

Mit Blick auf die kontrovers geführten Diskussionen rund um die

Einführung der Kautionspflicht zeigte Lustenberger Verständnis für das Baselbieter Pilotprojekt und hielt fest, dass auch in einer grenzüberschreitenden Wirtschaft die soziale Verantwortung durchgesetzt werden muss. Nationalrat Hans Rudolf Gysin, der als Wirtschaftskammer-Direktor seinem Ratskollegen die Ehre erwies, bezeichnete den Luzerner Schreinermeister als einen der wenigen authentischen Gewerbevertreter in Bundesbern.

Interessantes Finanzierungsinstrument

Urs Baumann, der regionale Vertreter der BG Mitte, Bürgschafts-genossenschaft für KMU, informierte die Verbandsmitglieder über die interessanten Möglichkeiten gewerblicher Bürgschaften. Es finde keine Direktvergaben durch die BG Mitte statt, sondern sie leiste Bürgschaft und erleichtere damit die Kreditgewährung durch eine Bank.

Verbürgt würden Darlehen oder Kredite für die Übernahme von Betrieben, den Kauf von Liegenschaften zur Standortsicherung oder für die Finanzierung von Maschinen, Installationen und weiteren Betriebsmitteln. Die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften werden im Sinne der KMU-Förderung sowohl vom Bund als auch von den Kantonen mit Beiträgen unterstützt, betonte Baumann. (Weitere Detailinformationen unter www.bgm-ccc.ch) MWB.



Die erste Adresse für KMU | Bei der ASGA Pensionskasse erhalten Sie die massgeschneiderte Vorsorge-Lösung für Ihr Unternehmen. Von günstigen Konditionen und umfassender Dienstleistung profitieren Sie mit langfristiger Sicherheit. Prüfen Sie uns!

ASGA Pensionskasse
Schaffhauserstrasse 358 | 8050 Zürich
T 044 317 60 50 | www.asga.ch

ASGA
pensionskasse

31. GV von swiss safety, Verband Schweizer PSA-Anbieter

Der Verband braucht ein Schaufenster



Gewichtige Entscheide gefällt an der GV von swiss safety.

Die Beteiligung an Messen, das neue PSA-Lehrmittel und die Durchführung einer neuen Marktstudie waren die zentralen Themen der ordentlichen Jahresversammlung von swiss safety, die kürzlich im Zürcher Hauptbahnhof stattgefunden hat.

Auch im Verbandsjahr 2008 konnten wiederum Neuaufnahmen verzeichnet werden: Als Aktivmitglieder sind beigetreten die Firmen DuPont International Operations Sarl, Le Gran-Saconnex, und EKASTU Safety AG, Nen-

deln. Und als Passivmitglieder sind neu dabei: Testex Schweizer Textilprüfinstitut, Zürich, und Zeder Unternehmensberatung, Hochdorf.

Als Höhepunkt des Verbandsjahres kann sodann die Fachtagung zum Thema «Aspekte der Arbeitssicherheit» bezeichnet werden, die Ende November in Zürich stattgefunden hat. 170 Spezialisten haben daran teilgenommen. Als Wermutstropfen musste Präsident **Urs J. Weder** hingegen den berufsbedingten Rücktritt von **Bruno Sutter** aus dem Vorstand

mitteilen. Sutter konnte nur gerade ein Jahr in der Verbandsleitung mitwirken. Die Vakanz soll anlässlich der nächsten ordentlichen Wahlen besetzt werden.

Publikation verzögert sich

Das neue PSA-Lehrmittel, das in Zusammenarbeit mit der suva herausgegeben werden soll, wird nun erst Ende 2009 erscheinen können anstatt – wie ursprünglich vorgesehen – im Frühling dieses Jahres. Als Grund nannte **Hanspeter Mathis**, der Verantwortliche für die Aus- und Weiterbildung, dass die suva die Broschüre praktisch von Grund auf neu schreiben und sich nicht auf die gute Vorlage des österreichischen Schwes-terverbandes stützen wolle.

Aufgrund der schweizerischen Rechtsprechung und unserer spezifischen Gegebenheiten müsse das Lehrmittel nicht nur entsprechend redigiert, sondern auch konzeptionell angepasst werden. Der Verband will nun – in enger Zusammenarbeit mit der suva – alles daran setzen, dass die Broschüre zumindest anlässlich der «Sicherheit 09» im November publiziert werden kann. Man darf gespannt sein.

Welches ist die richtige Messe?

Für die Mehrheit der Mitglieder ist zumindest eines klar: Es braucht eine Fachmesse. Doch an der Frage, welche Plattform für swiss safety die richtige ist, scheiden sich die Geister. Eine Umfrage unter den Mitgliedern

hat ergeben, dass die bisher seitens des Verbandes frequentierte und auch favorisierte zweijährlich stattfindende «Sicherheit» mittlerweile umstritten ist. Eine Mehrheit der Befragten will sich an der «Sicherheit 2009» nicht mehr beteiligen.

Nachdem auch die sehr engagiert geführte Diskussion keinen einheitlichen Weg ebnet konnte, wurde der Vorstand beauftragt, die letztlich in der engeren Wahl verbliebenen Messen (Sicherheit, Swisspublic und Swisstech) zu prüfen und eine Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten, damit das für die Mitglieder optimale Messeangebot definiert werden kann.

Präsident Weder machte dabei aber eines deutlich: Unabhängig davon, an welcher Messe sich swiss safety und seine Mitglieder künftig schergewichtig beteiligen werden, wird der Erfolg einer Messe-Teilnahme aber in erster Linie immer vom eigenen Engagement abhängen.

Neue Marktstudie beschlossen

Mit grosser Mehrheit beschlossen die Verbandsmitglieder eine Neuauflage der erstmals im Jahre 2007 durchgeführten Studie «Schweizer Markt für Arbeitsschutz». Diese Marktstudie soll im Jahre 2010 wiederholt werden. Finanziert wird sie wiederum durch die Mitglieder – und zwar in Form eines Bezugsobligatoriums.

MWB.



Hanspeter Frey ist höchster Baselbieter

Die Wahl von Hanspeter Frey zum Landratspräsidenten wurde in seiner Wohngemeinde Allschwil mit zahlreichen Vertretern aus Politik, Behörde und Wirtschaft gebührend gefeiert.

«Wäre ich jünger, würde ich sagen: es ist geil», bedankte sich der 67-jährige Allschwiler **Hanspeter Frey** mit Humor bei seinen Landratskolleginnen und -kollegen für die Wahl. Mit 73 von 82 abgegebenen Stimmen wurde er klar zum nominell höchsten Baselbieter gekürt.

Die Gemeinde Allschwil hatte sich für den Empfang herausgeputzt.


Per Kutsche wurde Frey zum Dorfplatz chauffiert, dicht gefolgt von der Baselbieter Regierung, von Vertretern der Basler Exekutive sowie zahlreichen Landratskolleginnen und -kollegen und Exponenten der lokalen Politik. Nach einem Apéro und diversen Ansprachen wurde der FDP-Politiker bei einem Essen mit anschliessendem Unterhaltungsprogramm gefeiert. Von Seiten der Wirtschaftskammer Baselland war eine sechsköpfige Delegation zugegen, angeführt vom Präsidenten **Andreas Schneider** und vom Direktor, Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**.

Dass der 67-jährige Frey keineswegs amtsmüde ist, bewies er in der jüngeren Vergangenheit eindrücklich. Im letzten Jahr musste er bereits für **Peter Holinger** unerwartet ein-



Landratspräsident Hanspeter Frey (l.) wurde mit seiner Familie in Allschwil gefeiert.

springen und meisterte diesen Akt mit Bravour. Sich selbst sieht Frey gemäss seiner Dankesrede als «Bündelglied zwischen Jung und Alt.» Neben

der Wahl von Frey zum höchsten Baselbieter wurde auch die Landrats-Vizepräsidentin **Bea Fuchs**, ebenfalls aus Allschwil, gewählt. SFE. 

10. Generalversammlung der BRB Bauunternehmer Region Basel

Grenzerfahrungen



Zentralpräsident und Nationalrat Werner Messmer warnt vor Konjunktur-Aktionismus.

Vor zehn Jahren schlossen sich drei in der Region Basel tätige Bauunternehmer-Organisationen zu einem einheitlichen und schlagkräftigen Regionalverband zusammen. Dieses Jubiläum bot Ende April den – allerdings nicht speziell zelebrierten – Rahmen für die diesjährige Jahresversammlung im Hotel Hilton in Basel.

Die Bedeutung der Bauunternehmen für die regionale Wirtschaft zeigte sich anhand der Gästeliste: Neben den Spitzen der beiden Kantonsparlamente waren die Regierungen durch Baudirektor **Jörg Krähenbühl** (BL) und Baudepartemenstvorsteher **Hans-Peter Wessels** (BS) sowie die regionalen Wirtschaftsverbände durch ihre Präsidenten und Direkto-

ren vertreten – neben weiterer Prominenz aus Politik und Wirtschaft.

Konstante Investitionen nötig

Trotz allgemeiner Krisenstimmung zeigte sich Verbandspräsident **Eduard Schmied** für das laufende Jahr vorsichtig optimistisch. Wenn die öffentliche Hand aufgrund der schwierigen Konjunkturlage Projekte und Investitionen vorziehe, die ohnehin geplant seien, mache dies zweifellos Sinn. Hingegen warnte Schmied vor Investitionen zu Vorhaben ohne konkreten Bedarf. Solcher Aktionismus sei volkswirtschaftlich gesehen gefährlich.

In dieser klaren Haltung wurde Schmied vom schweizerischen Zentralpräsidenten, Nationalrat **Werner Messmer**, unterstützt. Die Unternehmen brauchen eine verlässliche Konstanz in den öffentlichen Investitionen und keine konjunkturabhängigen Ausschläge, betonte Messmer in seiner Grussadresse. Wenn Bund, Kantone und Gemeinden in den nächsten drei Jahren das gleiche Investitionsvolumen auslösen wie in den vergangenen drei Jahren, dann laufe es richtig.

Zu hohe Regeldichte

BRB-Geschäftsführer **Paul Hug** kritisierte die zu hohe Regeldichte, mit der auch das Baugewerbe zu kämpfen habe. Viele Bestimmungen widersprächen sich zudem in der Praxis. Der radikale Abbau von unnötigen Vorschriften ist für Hug die sinnvollste Konjunktur-Ankurbelungsmassnahme. Unternehmer benötigten rasche öffentliche Verfahren. Sie hätten immer weniger Verständnis für das bürokratische Hinauszögern von sofort umsetzbaren Projekten.

Extremsituationen

Die diesjährige BRB-GV wurde von Gastreferentin **Evelyne Binsack** abgeschlossen. Eindrücklich und mit philosophischem Tiefgang schilderte die diplomierte Bergführerin ihre Grenzerfahrungen in der eisigen Antarktis oder auf dem Mount Everest. Hochmut, Selbstüberschätzung, Gier und Verlust der «Bodenhaftung» erwiesen sich in Extremsituationen als absolut schädlich, wenn nicht sogar als tödlich. Dies gelte auch in anderen Bereichen, wie die Finanzmarktkrise zeige, stellte Binsack zudem fest. *MWB.*

105. GV Bäckermeisterverband Baselland und Umgebung

Mitarbeiter sind das Kapital

Die Erneuerung des Vorstandes und die Verabschiedung von **Urs Berger** sowie die Grussworte des schweizerischen Zentralpräsidenten **Kaspar Sutter** waren die Höhepunkte der Jahresversammlung der Baseler Bäckermeister.

Die alljährliche Bäcker-GV dient nicht nur der Abwicklung der statutarischen Geschäfte. Sie soll vor allem auch ein gesellschaftlicher Anlass sein. Begonnen wurde sie in diesem Jahr mit der Führung durch das Römermuseum Augst. Und nach dem geschäftlichen Teil genossen die wiederum sehr zahlreich erschienenen Teilnehmer ein sehr feines Nachtessen im Restaurant Rössli in Augst.

Langfristig denken

Präsident **Rolf Jeker** konnte auf ein ruhiges Verbandsjahr zurückblicken. Die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Rohstoffmärkte berei-

te auch dem Bäckergewerbe etwelche Sorgen. Gerade in schwierigen Zeiten dürfe man jedoch nicht kurzfristig denken und handeln, sondern man müsse nachhaltig agieren. Agieren und nicht reagieren, das sei wichtig. Vor allem muss man immer Herr der Situation bleiben, rief Jeker seinen Verbandsmitgliedern zu.

Gaugler neu im Vorstand

Nach 15 Jahren vielfältigem Engagement in der Verbandsleitung stellte sich **Urs Berger** für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Berger hat sich vor allem als Redaktor des Verbandsorgans profiliert.

Als neues Vorstandsmitglied wurde **Silvan Gaugler** (Bäckerei Berger, Augst) gewählt. Die bisherigen **Rolf Jeker** (Präsident), **Zita Krattiger-Würsch** (Vizepräsidentin), **Werner Bischoff** (Kassier), **Urs Finkbeiner** (Lehrlingsobmann), **Joseph Chrétien**

(Protokoll) und **Fredi Ziegler** (Beisitzer) wurden in ihren Funktionen für eine weitere Amtszeit bestätigt.

Grusswort des Schweizer Präsidenten

Der Breitenbacher Bäckermeister **Kaspar Sutter** nahm nicht nur als Mitglied, sondern auch in seiner Eigenschaft als Präsident des Schwei-

zerischen Zentralverbandes an der Versammlung teil. In seinem Grusswort motivierte er seine Berufskollegen dazu, ihren Geschäften ein Gesicht zu geben. «Eine gute Ausbildung und die permanente Weiterbildung machen uns konkurrenzfähig», betonte Sutter. In diesem Sinne seien die Mitarbeiter auch das Kapital der Betriebe. *MWB.*



Bäckermeister-Präsident Rolf Jeker und Demissionär Urs Berger.

65. Generalversammlung der KMU Allschwil-Schönenbuch

Sorgen wir für Windmühlen!

Neben der Erledigung der ordentlichen Geschäfte bot die GV der KMU Allschwil-Schönenbuch drei Schwerpunkte: gute Aussichten mit attraktiven Werbemöglichkeiten auf der eigenen Homepage und im Wochenblatt, gute Unterhaltung mit dem Kabarett-Duo Almi und Salvi und einen guten Appetit mit dem Buffet des Ristorante Ambiente.

Mit der Einladung zur Jahresversammlung kündigte Präsident **Karl Gerspacher** auch seinen Rücktritt und jenen von drei weiteren Vorstandsmitgliedern auf die Generalversammlung 2010 an. Als Gründe werden lange Amtszeiten oder Pensionierungen genannt. Mit ihrem Schritt wollen die künftigen Demissionäre aber vor allem eines bewirken: frischen, neuen Wind. Sie nehmen dabei Bezug auf ein chinesisches Sprichwort: «Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen

Schutzmauern, die anderen Windmühlen.»

Mehr KMU-Veranstaltungen

Im Mittelpunkt des vergangenen Vereinsjahres stand – neben den traditionellen Aktivitäten – eine breit angelegte Mitgliederumfrage, die einige interessante Resultate zeitigte. Die Umfrage verzeichnete einen Rücklauf von 23 Prozent. Fast alle Umfrageteilnehmer wünschen sich mehr Veranstaltungen des Gewerbevereins. Mit einem erstmals durchgeführten Sommerapéro – er findet am 24. Juli bei der Firma Mussler Hard- & Software AG statt – reagierte der Vorstand bereits. Und der Neujahrsapéro soll künftig jeweils bei einem Mitglied abgehalten werden.

Kostenfrage setzt zu «Top of Allschwil» Fragezeichen

Eine äusserst knappe Mehrheit der Umfrageteilnehmer sprach sich

jedoch gegen eine Beteiligung an einer weiteren Gewerbeausstellung «Top of Allschwil» aus. Als Ablehnungsgrund wurden schwerpunktmässig die hohen Kosten genannt. Der Vorstand hat dieses Ergebnis mit Bedauern zur Kenntnis genommen und wird in dieser Sache vorerst nicht aktiv werden. «Wir stehen Gewehr bei Fuss und warten auf die Mitglieder.» Mit dieser nüchternen Feststellung spielte Präsident Gerspacher den Top-Ball elegant zurück.

Umfahrung Allschwil

Just am Tag der Generalversammlung reichte ein Überparteiliches Komitee die kantonale Gesetzesinitiative «Für eine Umfahrung Allschwil» ein. Gemeindepräsident **Anton Lauber** orientierte über dieses für die Gemeinde und im Besonderen für das lokale Gewerbe sehr wichtige Anliegen. Allschwil kann sich wirtschaftlich nur mit einer optimalen Verkehrsanbindung weiterentwickeln, betonte Lauber. *MWB.*



Gemeindepräsident Anton Lauber kämpft für eine Umfahrung Allschwils.

19. GV des GHI Muttenz

Aktivere Gewerbepolitik

Zum zweiten Mal in Folge bot das Opel Center Basel den Rahmen für eine Generalversammlung des Gewerbe-, Handels- und Industrievereins Muttenz. Fast 100 stimmberechtigte Mitglieder und zahlreiche Gäste nahmen daran teil und liessen das Muttenzer Gewerbejahr 2008 Revue passieren.

Verschiedene gewerbepolitische Aktivitäten prägten das vergangene Jahr des GHI Muttenz. Zum ersten Mal in der Vereinsgeschichte reichte der Verein beim Regierungsrat eine Beschwerde gegen einen Entscheid des Gemeinderates ein und konnte so den Rückzug eines Parkraumkonzeptes erwirken, welches das Gewerbe und im Besonderen den Detailhandel ganz klar benachteiligt hätte, wie Präsident **Beat Hüsler** in seinem Jahresrückblick betonte. Im Rahmen einer kommunalen Begleitgruppe arbeitet der Muttenzer Gewerbeverein nun aktiv an einer neuen, besseren

Lösung des unbestrittenen Parkierungsproblems mit.

Königinnen und Könige

Mit einer sympathischen Werbekampagne vom Mai bis November 2008, die unter dem Motto «Bei uns sind Sie König/in» stand, konnte der GHI Muttenz seinen Bekanntheits-

grad markant steigern. Die Fantasie der Teilnehmer kannte keine Grenzen und der Vorstand hatte seine liebe Mühe, unter den vielen kreativen Einsendungen die Gewinner zu ziehen.

Eine Auswahl der gekrönten Bilder findet sich auf der neu gestalteten Homepage www.ghi-muttenz.ch. Die Muttenzer KMU wollen sich auch in Zukunft als sympathische Dienstleister bei der Bevölkerung positionieren. Man darf auf die weiteren Aktionen der jung-dynamischen Vorstandscrew gespannt sein.

Mehr Gewerbepolitik

Doch nicht nur mit origineller Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch mit einer dezidierten Gewerbepolitik will sich der GHI Muttenz weiter profilieren. Bewilligungsfreie Sonntagsverkäufe, Parkraumbewirtschaftung und gewerbefreundliche Rahmenbedingungen sind und bleiben gewichtige Themen. **Daniel Schneider** (Primetrack AG, Muttenz), der neu in den Vorstand gewählt wurde, soll sich künftig in der Vereinsleitung um ein intensiveres gewerbepolitisches Engagement des GHI Muttenz kümmern.

Gute Bilanz

Seit drei Jahren verfügt Muttenz über eine eigene Wirtschaftsförderung, an der sich auch der Vorstand des Gewerbevereins sehr aktiv beteiligt. Wirtschaftsförderer Dr. Pierre Spahr zog eine durchwegs positive Bilanz. So konnten sieben Unternehmen dazu bewogen werden, in Muttenz zu bleiben. Und bislang konnten dank der Wirtschaftsförderung fünf neue Betriebe angesiedelt werden. *MWB.*



Grossaufmarsch zur Generalversammlung des GHI Muttenz.

KGIV

Konferenz der Gewerbe- und
Industrievereine

Aktuell aus dem Jahresprogramm 09

Freitag, 21./Samstag, 22. August:
Open Air Kino

der KMU Ettingen; der Eintritt ist frei, vielfältige und attraktive Verpflegungsmöglichkeiten sind vorhanden.

Freitag, 4., bis Sonntag, 6. September:
GEA 5-libertal

Gewerbeausstellung des Gewerbevereins Reigoldswil und Umgebung sowie des Gewerbe- und Industrievereins Bubendorf und Umgebung in Ziefen, Schulanlage Eien.

Samstag, 5. Sept., 9 bis 17.30 Uhr:
Allschwiler Märt

Herbstmarkt des KMU Allschwil-Schönenbuch, im Dorfkern.

Freitag, 23. Oktober, 9.30 Uhr:
3. Sitzung KGIV

Info-Veranstaltung an der Berufsschau: «PR-Aktionen für die Berufsbildung in den Gemeinden», mit anschliessendem Mittagessen. Treffpunkt: Berufsschau, Kuspo Pratteln

Weitere Infos/Kontakt:

Tel. 061 927 65 40 oder
Mail: s.eglin@kmu.org



Welcome...
autobus.ag..liestal...

23.–29. August
Schottland – Edinburgh Tattoo
Mit dem bekannten
Drum Corps «Top Secret»
Jetzt buchen: 061 906 71 81

1. «KMU Business Treff» für Wirtschaftskammer-Einzelmitglieder

Debitorenbewirtschaftung traf den «Nerv» der Gäste



Premiere: Landrat Christoph Buser begrüsst zum 1. «KMU Business Treff».

Der «KMU Business Treff» ist eine neu ins Leben gerufene, periodisch stattfindende Informations- und Networking-Plattform für die Einzelmitglieder der Wirtschaftskammer Baselland. Die Erstausgabe stand unter dem gerade in Krisenzeiten existenziell wichtigen Thema «Debitorenbewirtschaftung für KMU». Die auf Bonitätsauskünfte und Verlustminimierung spezialisierten Fachleute der «Creditreform Egeli Basel AG» vermittelten dabei wertvolle Hintergrundinformationen und Tipps für eine auch im Kleinunternehmen praktikable Debitorenbewirtschaftung.

Über 80 interessierte KMU-Einzelmitglieder der Wirtschaftskammer fanden sich Mitte Juni 2009 im Haus der Wirtschaft in Liestal ein, um am ersten KMU Business Treff zum Thema «Von der Finanzkrise in die Debitorenkrise? – Debitorenbewirtschaftung für KMU» teilzunehmen. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmern Nützliches zur Organisation ihrer Verlust-Prävention sowie Tipps und Tricks zu effizienten Rechnungs- und Mahnverfahren zu vermitteln.

So freute sich denn auch der Gastgeber, Landrat **Christoph Buser**, Leiter KMU-Förderung der Wirtschaftskammer, über das grosse Interesse: «Da der KMU Business Treff heute zum ersten Mal durchgeführt wird, freut es mich ausserordentlich, dass Sie alle so zahlreich er-

schiene sind», meinte Buser bei seiner Begrüssung.

Rechnung, Mahnung – und dann?

Selbständige Unternehmer kennen die leidigen, oft auch existenziellen Probleme, die sich aus nichtbezahlten Rechnungen ergeben können. So wies Buser die Teilnehmer auch darauf hin, dass eine erfolgreiche Debitorenbewirtschaftung unter anderem das Festlegen von verbindlichen Konditionen, das zeitgerechte Erstellen von Rechnungen sowie die permanente Überwachung und Kontrolle der ausstehenden Guthaben voraussetzt. Damit verbunden werden müssten ausserdem Massnahmen wie beispielsweise eine Bonitätsüberprüfung des Kunden und das Einleiten eines Inkassoverfahrens, wenn Rechnungen unbezahlt bleiben.

Verlustprävention dank Profis

Auch **Marcel Schmidlin**, Mitglied der Gesamtgeschäftsleitung der Cre-

ditreform Egeli Basel AG, betonte in seinem Referat die Wichtigkeit einer professionell organisierten Bewirtschaftung der Betriebsdebitoren. Er bezifferte unter anderem den jährlichen wirtschaftlichen Schaden in der Schweiz durch Konkurse oder sonstige Ausfälle auf sagenhafte 12,45 Mia. Franken. Doch Schmidlin zeigte auch aus seiner Profi-Sicht einige Rezepte auf, wie die Verlust-Risiken minimiert werden können. In der Diskussion mit den Teilnehmern warf der Referent immer wieder kritische Fragen auf, etwa: «Haben Sie in Ihrem Unternehmen zeitgemässe Zahlungskonditionen?» oder «Mahnen Sie auch Ihre Stammkunden?» Fragen, die den einen Teilnehmer bzw. die andere Teilnehmerin doch auch nachdenklich zu stimmen vermochten.

«Networking» beim Apéro riche

Nach den interessanten Ausführungen hatten die Teilnehmer bei einem Apéro riche die Möglichkeit, persönliche Fragen mit dem Referenten und den anwesenden Vertretern der Wirtschaftskammer zu erörtern. Das aktuelle Thema war denn auch Anlass für konstruktive Diskussionen und Gespräche, bei welchem auch aktives «Networking» betrieben und viele neue Kontakte geknüpft werden konnten.

Patrick Fiechter

Creditreform Egeli Basel AG

Die in Basel domizilierte «Creditreform Egeli Basel AG» ist spezialisiert auf Wirtschafts- und Bonitätsinformationen über Firmen und Privatpersonen sowie auf die Realisierung von Forderungen mit effizienten Inkassoverfahren.

Weitere Informationen:

www.creditreform.ch

Debitorenverlust

vermeiden: Diese aktuelle Forderung fand im Haus der Wirtschaft das uneingeschränkte Interesse der über 80 Teilnehmenden.



Sinnloser Aktionismus

Die Wege der Gesellschaft und Politik sowie in der Folge der Amtsstuben sind oft sehr unergründlich. Anstelle von Vernunft und Weitsicht tritt aber heutzutage immer mehr wilder Aktionismus in den Vordergrund – Aktionismus, der unter dem Strich insbesondere die Wirtschaft Hunderttausende, ja Millionen, kostet, aber in der Bilanz kaum Nutzen bringt – zumindest nicht in der erstmals angepriesenen Form. Beispiele gefällig?

Es ist schon einige Jahre her, als ein Empörungsschrei durch einzelne Konsumentenorganisationen schallte: Die Kassenzettel in Migros und Coop würden gerade bei einkaufenden Kindern immer wieder sang- und klanglos verschwinden – ein unhaltbarer Zustand für den akribischen Konsumenten, der mit diesem Missstand ja keinerlei Kontrolle mehr hätte, ob sein Einkauf tatsächlich korrekt verrechnet worden sei.

Vom Mitdenken entbunden

Man mag für dieses Argument bei einkaufenden Kindern noch einigermaßen Verständnis aufbringen – angesichts des weitaus überwiegenden Anteils an erwachsenen und damit mündigen sowie eigenverantwortlichen Bürgern und Konsumenten wird dieser Aufschrei allerdings in höchstem Mass fragwürdig. Dennoch haben die zu diesem Thema auf den Barrikaden kämpfenden Konsumentenorganisationen erwirkt – ob behördlich verordnet oder mit den Grossverteilern «vereinbart» ist dem Schreibenden nicht bekannt – dass fortan an den Kassen die Quittungszettel mit einem «Kleberli» an die Spaghetti oder die Peperoni gepappt werden. Zu mindestens 95 Prozent der Fälle völlig unnötig, ja auch ungeliebt. Doch: Der Kunde bzw. die Konsumentenorganisationen sind ja König, und das unverlierbar anklebte Zeedeli entbindet ja so schön vom Mitdenken.

Dieser Nonsens wäre eigentlich mit einem Schmunzeln zu quittieren – es sei denn, man überlegt sich einmal wie viele Tausend Kilometer Selbstklebeband seither stumpfsinnig verbraucht worden sind, nur

weil dies einzelne Konsumentenorganisationen ultimativ als absolut lebensnotwendig erachtet hatten. Interessant dabei ist ja nur, dass einige dieser Organisationen sonst keine auch blödsinnige Gelegenheit auslassen, um mit dem Argument Umweltschutz viel Wind zu machen ...

«Rüsselei» über den Rüssel

Anfang der 90er Jahre war Ozon der grosse Umwelt-Hype. Durchaus zu Recht wurde dabei kommuniziert, dass flüchtige Stoffe, wie etwa Benzindämpfe, zu den Vorläufersubstanzen von Ozon gehören. Und durchaus nachvollziehbar wurde schliesslich erwogen, diese Benzindämpfe an den Tankstellen rückzuführen.

Die Umweltschutzbehörden des Bundes sind denn auch rasch aktiv geworden und haben verfügt. Unter anderem wurde dabei – oft genug mit «sanftem» Zwang – auch dieser unmögliche Gummirüssel vorgeschrieben, obwohl Fachleute von Anfang an gewarnt hatten, dass dieses System nicht das «Gelbe vom Ei» sei.

Fazit dieses wilden Aktionismus: Tausende von Tankstellen mussten Millionen investieren, um diesen elenden Rüssel zu installieren. Und Millionen von Tankstellenbenutzer hatten sich fortan bei jedem Tanken masslos über diesen komplizierten Mechanismus geärgert, bei dem oft genug mehr Benzin verschüttet worden ist, als effektiv abgesogen werden konnte.

Es fällt seit längerem auf, dass dieser dummliche Rüssel grösstenteils wieder verschwunden ist und

sogenannten aktiven Systemen ohne Rüssel Platz gemacht hat. Jetzt macht das auch tatsächlich Sinn – das Rückführen. Pech für die Tankstellen, die in den Rüssel investieren mussten – behördlich verordnet.

Glühlampen-Sozialismus

Ins gleiche Kapitel gehört der neueste Ukas der Umwelt und Energiebehörden: Seit 1. Januar 2009 ist der Verkauf der guten alten Glühlampe (Stückpreis unter einem Franken) verboten. Die Schweiz hat sich da von der EU «anstecken» lassen und unter Lobpreisung einer enormen Energieeinsparungswirkung den glühenden Energiefresser aus dem Verkauf ziehen lassen. Im Schwange sind jetzt die sogenannten Energiesparlampen (Stückpreis über 17 (!) Franken).

Was aber zeigt die Praxis? Um Strom zu sparen, wurden ja in vielen Haushaltungen und vor allem Unternehmen schon vor Jahren Bewegungsschalter installiert: Das Licht wird so nur bei echtem Bedarf für eine vordefinierte, meist kurze Zeit eingeschaltet – in vielen Räumen und Zügängen täglich und nächtlich zimal.

Nur: Diese häufige Schalterei ist Gift für die Energiesparlampen. Ihre Lebensdauer sinkt damit rapide. Und der Verschleiss der teuren Lampen ist in der Alltagspraxis enorm. Was also tun? Der Trick: Einfach die Einschaltdauer der Bewegungsmelder auf Maximum verlängern – allerdings mit dem Effekt, dass dabei wieder sinnlos Energie verschwendet wird, die Ausfallhäufigkeit der neuen Lampen dennoch nicht wesentlich verbessert wird und die Kosten für den Ersatz nur relativ marginal sinken. Unter dem Strich ist auch dieser blinde Behördenneifer zum Schuss in den Ofen verkommen.



«Energiespar»-Lampenabfall: Kaum ersetzt – schon wieder teurer Sondermüll.

KMU Frauen

Übersicht Jahresprogramm 2009

Für das aktuelle Jahr 2009 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe in Planung bzw. bereits weitgehend fixiert. Die Mitglieder erhalten rechtzeitig die detaillierten Einladungen für die Anlässe.



Mittwoch, 22. Juli, 19 Uhr:

Besuch des Basel Tattoo 2009

mit exklusiver Führung, VIP-Tickets und Apéro, Kaserne Basel

September:

Fahrsicherheitstraining mit dem TCS

Mittwoch, 21. Oktober, 18.30 Uhr:

Vollversammlung 2009

anschliessend Apéro, Haus der Wirtschaft, Liestal

An einer Mitgliedschaft interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen Anlässen teilzunehmen und dabei Mitglieder der KMU Frauen Baselland unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und

Anmeldung: Tel. 061 927 65 58 oder kmu-frauen@kmu.org

Kommt hinzu, dass Wissenschaftler schon seit langem den Energiepareffekt dieser Lampen-Hysterie als praktisch Null taxieren und erst noch gesundheitliche Bedenken anmelden (Elektromog, ungesunder Blau-Anteil des Energiesparlichts). «Report München» auf ARD hat die ganze Übung als «Glühlampen-Sozialismus» taxiert. Es ist jetzt nur zu hoffen, dass die LED-Technik möglichst bald die teure Energiesparlampe verdrängt. Sie spart zu oft kaum Energie – und schon gar kein Geld.

Edi Borer*

(*Der Autor vertritt in diesem Beitrag seine persönliche Meinung.)